

# pax\_zeit

3\_2013

Feindbilder entstehen vor allem in den Köpfen  
Syrien: 29 Tage Hoffnung nach Freiheit



pax  
christi

Internationale Katholische  
Friedensbewegung

# „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

**Rüstungs-  
exporte  
abwählen**

Im Fokus: Interview mit Wilfried Böske, der mehr als 4.200 Unterschriften für die Kampagne sammelte und eine Auswertung der Kampagnen-Wahlprüfsteine.

>> Siehe Seite 10 und 16

## Vernetzt

Interessante Veranstaltungen  
befreundeter Organisationen

### Filmtour: Within the eye of the storm

Vom 16.-25.9.2013 veranstaltet EAPPI eine Filmtour mit „Within the eye of the storm“ in 9 deutschen Städten, begleitet von der israelischen Regisseurin und dem palästinensischen Hauptdarsteller. Erzählt wird die Geschichte einer Freundschaft im Nahostkonflikt.

[www.eappi-netzwerk.de](http://www.eappi-netzwerk.de)

### Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

Unter dem Titel „1914 – 2014: 100 Jahre Krieg – 100 Jahre Pazifismus und Friedensbewegung“ wird vom 21.-22. Februar 2014 auf einer Strategiekonferenz diskutiert, wie sich Krieg und Militarismus weiterentwickeln. Ein besonderer Blick soll auch auf die Friedensbewegung gerichtet werden.

[www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de)

### Wege zum Frieden in Afghanistan – Herausforderungen für Frieden und Entwicklung

Vom 11.-13. Oktober 2013 wird in Straßburg auf einer internationalen Konferenz u.a. der Frage nachgegangen, wie der Krieg in Afghanistan wirklich beendet werden kann und die drohende Aussicht eines Bürgerkrieges vermindert wird.

<http://www.no-to-nato.org/>

## Editorial

Wen soll ich wählen? Diese Frage wird auch die pax\_zeit-Leser/innen beschäftigen, wenn dieses Heft ins Haus kommt. Keine leichte Frage, denn in Sachen Sicherheitspolitik hat die letzte Legislatur keine guten Nachrichten erbracht. In Deutschland ist Krieg wieder zu einer Handlungsoption geworden. Verantwortung wahrzunehmen ist in Deutschland zum Argument für die politische Rechtfertigung der Kriegsführung geworden. In Afghanistan ja, in Libyen nein. Schutzverantwortung ist das neue internationale Stichwort, das Albert Fuchs in seinem Beitrag zur »Responsibility to Protect« näher beleuchtet. Paul Russmann hat die Wahlprogramme in Sachen Rüstungsexporte ausgewertet.

Feindbilder – davon haben wir viele im Kopf, sonst gelänge es nicht immer wieder, dass die Sprache der Gewalt sich durchsetzt. Aus den Einsendungen für Beiträge zu diesem Thema haben wir drei ausgesucht:

- den Aktuellen: ein Blick zurück in die Gegenwart der bundesdeutschen Realität auch in Sachen Verfassungsschutz, aus Anlass des Brandanschlags auf ein Wohnhaus in Solingen
- den zum Wunsch nach dem Gelingen des Friedensprozesses zwischen Israel und Palästina, weil dieses Thema pax christi so zentral beschäftigt
- und einen, der von kleinen Begegnungen in der pax christi-Geschichte mit Polen erzählt.

Mein und der ganzen Redaktion Dank gilt an dieser Stelle allen, die uns Texte geschenkt hatten! Dieses Projekt ist eine Bereicherung für die Redaktion – und hoffentlich auch für die Leser/innen der pax\_zeit.

Für die nächste Ausgabe wünschen wir uns Beiträge zum Thema »Ohnmächtige Religion?«. Wir freuen uns über Vorschläge und Artikel von maximal 5.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen!) bis zum 30.10.2013.

Hinweisen möchte ich von hier aus auf die pax christi-Delegiertenversammlung, die vom 25.-27.10.2013 in Fulda stattfindet: Es wird eine Zukunfts-DV. Das Präsidium legt einen Satzungsänderungsantrag vor, der die inhaltliche Arbeit der Bewegung auf zukunftssichere Füße stellt.

Es freut sich darauf, viele pax\_zeit-Leser/innen in Fulda wieder zu sehen

Christine Hoffmann

### Impressum

**pax\_zeit** Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeberin** pax christi Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de **Redaktion** Klaus Beurle, Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber **Titelfoto** dpa **Gesamtherstellung** Ute Bege-  
mann, Köln **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Gedruckt auf EnviroTop (100% Recycling, FSC-zertifiziert, Blauer Engel).

Redaktionsschluss für die Ausgabe 4\_2013: 30. Oktober 2013.  
Dieser Ausgabe liegt der Flyer zur paxchristi/IPPNW-Nahostreise bei.

# Inhalt

## Feindbilder

---

Seite 4

### Erst stirbt das Recht – dann sterben Menschen

*Rolf Gössner*

Seite 6

### Feindbilder entstehen vor allem in den Köpfen

*Iris Bildhauer*

Seite 8

### Von der Feindschaft zur Freundschaft

*Werner Michael Finkemeier*

## Aktiv für den Frieden

---

Seite 10

### Wilfried Böske

*Interview von Christine Hoffmann*

## Friedenspolitik

---

Seite 12

### Responsibility to Protect

*Albert Fuchs*

Seite 14

### Syrien: 29 Tage Hoffnung nach Freiheit

*Interview von Bettina Zangl mit Hazem S. aus Damaskus*

## Kampagne

---

Seite 16

### >>>Zwischen<<< weiter so und gänzlich verbieten

*Paul Russmann*

## Meldungen

---

Seite 18

### Präsidiumsnotizen

*Josef Roberg*

Seite 19

### Nachrichten aus den Kommissionen

*Odilo Metzler*

Seite 20

### Meldungen aus den Bistumsstellen

*Markus Weber*

## Glaube Perspektive

---

Seite 23

### „Niemand hat das Recht zu gehorchen“

*Josefa Britzelmeier-Nann*

Foto: Sir James



### „Wir müssen diesen Hass aus den Köpfen bekommen“

Unser Titelfoto der pax\_zeit zeigt in dieser Ausgabe Mevlüde Genç. Sie hat vor 20 Jahren fünf Angehörige verloren. Anlässlich einer Trauerfeier in Solingen im Mai dieses Jahres erklärte sie, der Schmerz sei nicht geringer geworden, aber sie sei dankbar für das Engagement der Stadt und die breite Unterstützung aus der Politik. Am 29. Mai 1993 wurden fünf türkische Frauen und Mädchen Opfer eines rechtsradikal motivierten Brandanschlags in Solingen. Vier junge Männer wurden vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Mordes verurteilt. Sie haben ihre Strafen abgesessen.

# Erst stirbt das Recht – dann sterben Menschen

20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen:  
Das Problem heißt Rassismus!

Foto: arbeiterfotografie.de



Erinnerung an den Brandanschlag in Solingen.

## Rolf Gössner

Der Brandanschlag von Solingen jährte sich dieses Jahr zum 20. Mal. Dem Anschlag war eine verantwortungslose Debatte um „Asylantenflut“ und „Überfremdung“ vorausgegangen. Seitdem ist hierzulande viel Entsetzliches passiert.

Nicht nur in Solingen wurde vor wenigen Wochen der Opfer eines der schwersten Verbrechen in der Geschichte der Republik gedacht: des Solinger Brand- und Mordanschlags, bei dem fünf junge Angehörige der Familie Genç ums Leben kamen. Nur drei Tage vor dem rassistisch motivierten Anschlag hatte eine große Koalition aus CDU, FDP und SPD das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. „Erst stirbt das Recht – dann sterben Menschen“. Klarer kann man den Zusammenhang dieser beiden Ereignisse kaum formulieren,

wie er seinerzeit auf einer Mauer entlang der Unteren Wernerstraße nahe des Anschlagorts in Solingen zu lesen war.

## Die Täter sind mitten unter uns

Seitdem ist hierzulande viel Entsetzliches passiert. Nach Aufdeckung der schockierenden NSU-Mordserie und -Sprengstoff-Attentaten stehen wir heute – 20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag – vor einem historisch beispiellosen Desaster bundesdeutscher Sicherheits- und Migrationspolitik. Dass sich das offizielle Deutschland ob dieser rassistischen Verbrechen bass erstaunt zeigte, ist mehr als erstaunlich – erstaunlich angesichts der Tatsache, dass seit 1990 weit mehr als 150 Menschen von Neonazis und anderen fremdenfeindlich eingestellten Tätern erschlagen, erstochen, zu Tode gehetzt oder, wie in Solin-

gen, verbrannt worden sind – jetzt müssen wir mindestens zehn weitere Todesopfer dazurechnen. Der Mordanschlag von Solingen war der vorläufige „Höhepunkt“ einer Serie von fremdenfeindlichen Attentaten: Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Quedlinburg, Cottbus und Mölln sind zu Synonymen geworden für diesen gewalttätigen, menschenverachtenden Rassismus. Tödliche Fanale einer „Das-Boot-ist-voll“-Debatte um „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“.

Rassistische Terrorangriffe finden auch heute noch statt. Und die Täter sind mitten unter uns. Tatsächlich reicht der rassistische Nährboden weit in die Mitte der Gesellschaft, weit hinein in Regierungen und Parlamente, in Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen, weit hinein in staatliche Institutionen wie Ausländer-, Polizei- und Verfassungsschutzbehörden. Es handelt sich also keineswegs allein um ein Randphänomen so genannter rechtsextremistischer Gewalttäter, wie vielfach behauptet. Auch 20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag lautet der besorgniserregende Befund: struktureller und institutioneller Rassismus in Staat und Gesellschaft, der besonders Migrant/innen bedroht. So forderte die Abschiebep Praxis zahlreiche Menschenleben und das Asyl- und Ausländerrecht schränkt Bewegungsfreiheit und Menschenrechte der Betroffenen drastisch ein.

### **Ideologische Scheuklappen sind für das Desaster verantwortlich**

Die NSU-Morde, die rassistisch motivierten Polizeiermittlungen im „migrantischen Milieu“ sowie die Verwicklungen des Verfassungsschutzes in kriminelle Neonaziszenen haben die Bundesrepublik nachhaltig erschüttert. Das offizielle Gerede von Unfähigkeit und Pannen der Sicherheitsorgane kaschiert jedoch, dass ideologische Scheuklappen für das Desaster verantwortlich waren, Ignoranz und systematische Verharmlosung des Neonazi-Spektrums – begünstigt auch durch eine jahrzehntelang einseitig ausgerichtete Politik der „Inneren Sicherheit“ auf „Linksextremismus“ und „islamistischen Extremismus“.

Mehr als ein Jahrzehnt lang kamen die Sicherheitsbehörden den rechtsterroristischen Mördern und ihrem rassistischen Hintergrund nicht auf die Spur – obwohl sie doch über ihre Nazi-V-Leute dem NSU-Trio sehr nahe und in sein Umfeld

heillos verstrickt waren. Und seit Aufdeckung der Mordserie sind diese „Sicherheitsbehörden“ mit geradezu krimineller Energie damit beschäftigt, die Spuren ihres Versagens, ihrer ideologischen Verblendung und Verflechtungen in das NSU-Umfeld zu verdunkeln und zu vernichten.

Nach neueren Erkenntnissen hätte die Mordserie sogar verhindert werden können. Auf der Anklagebank müssten also weit mehr Angeklagte sitzen als Zschäpe, Wohlleben & Co.: Auf der Anklagebank fehlen die involvierten V-Leute, ihre V-Mann-Führer und alle für Versagen und Vertuschen Verantwortlichen aus Verfassungsschutz, Polizei und Sicherheitspolitik.

### **Im Kampf gegen den Nazismus versagt**

Auch andere Neonazi-Verbrechen sind bis heute nicht wirklich aufgeklärt: so etwa der Lübecker Brandanschlag auf ein Asylbewerber-Heim von 1996 mit zehn Toten oder aber das Münchner Oktoberfest-Attentat von 1980, bei dem 13 Menschen ums Leben kamen. Inzwischen verdichten sich die Hinweise, es könnte sich um einen staatsterroristischen Anschlag der Stay-behind-Organisation im Bundesnachrichtendienst gehandelt haben. Darüber wird derzeit in Luxemburg in einem Aufsehen erregenden Strafprozess und im Parlament verhandelt – doch hierzulande glänzt die Bundesregierung durch Ignoranz. Auch diese Attentatsgeschichte muss wohl neu geschrieben werden.

Zurück zum bundesdeutschen Inlandsgeheimdienst mit dem euphemistischen Tarnnamen „Verfassungsschutz“: Ein antikommunistisch geprägter, skandalgeneigter Inlandsgeheimdienst, der seine eigene altnazistische Vergangenheit bis heute nicht aufgearbeitet hat, der im Kampf gegen Nazismus versagt, der Verfassung und Demokratie gefährdet und öffentlich nicht kontrollierbar ist. Jahrzehntlang hat dieser so genannte Verfassungsschutz die Neonaziszenen über seine bezahlten und kriminellen Spitzel mitfinanziert, rassistisch geprägt, gegen polizeiliche Ermittlungen geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen. Damit ist er selbst Teil des Neonazi-Problems geworden und gehört schon deshalb ersatzlos aufgelöst (wegen seiner Demokratiewidrigkeit ohnehin).

Der Text basiert auf der Kundgebungsrede von Rolf Gössner während der bundesweiten Demonstration Ende Mai 2013 in Solingen.

Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, außerdem stellv. Richter am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen und Mitherausgeber des jährlich erscheinenden „Grundrechte-Report“.

# Feindbilder entstehen vor allem in den Köpfen

Geschichte und Geschichten sehen, hören und verstehen

Iris Bildhauer

Seit über 30 Jahren beobachte ich den Nahostkonflikt. Damals lebten Israelis und Palästinenser zusammen, waren Nachbarn, Arbeitskollegen oder Freunde. Menschen begegneten sich, es gab ein Miteinander. Heute dagegen hat sich Vieles verändert. Begegnungen der Menschen beider Seiten sind kaum noch möglich, seit die Mauer ab 2002 gebaut wurde, eine zum Teil bis zu neun Meter hohe Betonmauer und an vielen Stellen ein Sicherheitszaun, bestehend aus insgesamt drei Zäunen mit einer gesamten Breite von 50 Metern. Die wenigen Übergänge sind streng bewacht, Passierscheine gibt es für Palästinenser kaum. Diese Sperranlage trennt das Westjordanland von Israel und hat gleichzeitig viel Land der Palästinenser konfisziert, da sie überwiegend nicht auf der „grünen Grenze“, der Waffenstillstandslinie von 1948 steht, sondern zum großen Teil tief in palästinensisches Land einschneidet.

Feindbilder entstehen vor allem in den Köpfen. Dies sind meine Erfahrungen nach einem dreimonatigen Dienst mit pax christi als Menschenrechtsbeobachterin des EAPPI (das internationale Menschenrechtsbeobachtungs- und Begleitprogramm in Palästina und Israel des Ökumenischen Rats der Kirchen).

Palästinenser in der Westbank sehen Israelis nur noch als Soldaten oder als Siedler. In der Westbank inklusive Ostjerusalem leben mittlerweile über 500.000 Siedler entgegen internationalem Völkerrecht auf palästinensischem Land. Hinzu kommen die tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen, mit



denen die Palästinenser zu leben haben, wie Hauszerstörungen, Vertreibungen, ungerechte Wasserverteilung, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, Siedlergewalt.

Israelis sehen Palästinenser kaum noch, sie haben berechtigte Angst vor Raketen aus dem Gazastreifen, von palästinensischen Extremisten gezündet, oder vor palästinensischen Selbstmordattentätern.

## Wie oft habe ich mir gewünscht die Menschen beider Seiten würden sich begegnen, miteinander sprechen, sich ihre gegenseitigen Ängste mitteilen

Ich selbst bin damals mehrfach zwischen Israel und Palästina gependelt und bin mit vielen Israelis und Palästinensern, die keineswegs homogene Gruppen darstellen, ins Gespräch gekommen. Die Erfahrungen waren ähnlich. Die Menschen auf beiden Seiten der Mauer erzählten mir von ihren Ängsten, Angst um das Leben ihrer Kinder, Angehörigen, Freunde und dem Wunsch in Frieden leben zu können. Auch die jüngsten Friedensverhandlungen scheinen angesichts der verfahrenen Situation wenig erfolgversprechend. Wie oft habe ich mir gewünscht, die Menschen beider Seiten würden sich begegnen, miteinander sprechen, sich ihre gegenseitigen Ängste mitteilen. Doch es gibt auch hoffnungsvolle Beispiele.

Während meines Dienstes in der Westbank ist mir Sima begegnet, eine Frau aus einem palästinensischen Flüchtlingslager, das wir regelmäßig besuchten. Sima ist eine beeindruckende Frau. Ihr Bruder wurde versehentlich Opfer eines israelischen Raketenangriffs. Um Rache zu nehmen, kämpfte Simas Ehemann bei den Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden, einer militanten palästinensischen Organisation. Sie unterstützte ihn dabei. Daraufhin kamen eines Nachts israelische Soldaten ins Flüchtlingslager, drangen in ihr Haus ein und erschossen ihren Mann. Sie nahmen Sima fest, ihre vier Kinder blieben bei Verwandten. Anschließend war sie zweieinhalb Jahre in einem israelischen Gefängnis, eine schreckliche Zeit, wie sie sagte. Danach begann sie umzudenken. Sie schloss sich der Friedensorganisation Comba-

tants for Peace an und arbeitete mit israelischen Friedensaktivisten Seite an Seite für den Frieden.

## Die Waffen niederlegen und gemeinsam für den Frieden und gegen Feindbilder kämpfen

Combatants for Peace wurde von ehemaligen israelischen Soldaten und palästinensischen Freiheitskämpfern gegründet. Nach vielen Jahren bewaffneten Kampfes haben sie beschlossen die Waffen niederzulegen und gemeinsam für den Frieden und gegen Feindbilder zu kämpfen. Sie sehen den Dialog und die Versöhnung als den einzigen Weg, um die israelische Besatzung zu beenden, um den Siedlungsbau zu stoppen und einen palästinensischen Staat mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem zu etablieren, neben dem Staat Israel.

Auch bei uns in Deutschland wird der Nahostkonflikt so emotional wie kaum ein anderer diskutiert. Hier gehen die Meinungen, natürlich auch geprägt durch unsere deutsche Vergangenheit, sehr weit auseinander. Wie sieht es mit unseren Feindbildern in den Köpfen aus? Hier können Begegnungen vor Ort mit Israelis und Palästinensern helfen, mehr Einblick zu bekommen, die Geschichte und Geschichten von verschiedenen Seiten zu hören, zu sehen und zu verstehen.

Erschwert wird die Beurteilung durch die bereits ausgesprochene Asymmetrie dieses Konflikts. Hier müssen die Menschenrechte und das internationale Völkerrecht Maßstäbe der Bewertung sein. So schwierig die Situation auch ist, ich weigere mich, die Hoffnung auf Frieden aufzugeben.

Iris Bildhauer ist Mitglied der Nahostkommission und Koordinatorin für den EAPPI-Freiwilligendienst.

Foto: Iris Bildhauer



# Von der Feindschaft zur Freundschaft

Vorurteile müssen überwunden werden



Foto: pax christi Archiv

## Polen – Blick zurück und nach vorne

„Im Februar 1981 startete pax christi eine Paket-Aktion, um die Not leidenden Menschen in Polen zu unterstützen – „Von Mensch zu Mensch – von Deutschen zu Polen“. 20.000 Pakete wurden damals auf Initiative von pax christi insgesamt verschickt. Wichtige Schritte hin zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen. 1992 gingen die ersten pax christi-Freiwilligen nach Polen und seit 10 Jahren arbeiten auch Freiwillige aus Polen in der Bistumsstelle Aachen. In Münster betreut seit vielen Jahren die Lüdinghauser pax christi-Gruppe ehemalige polnische KZ-Häftlinge, die Deutschland auch in diesem Jahr wieder besuchen. Als Kinder mit jüdischer Abstammung wurden sie durch andere polnische Familien oder in Klöstern versteckt und konnten so als „Kinder des Holocaust“ gerettet werden.

## Werner Michael Finkemeier

Als alles begann, waren die Bedingungen denkbar schlecht: Polen und Deutschland gehörten verschiedenen Lagern an, wenn auch zumindest Polen nicht freiwillig. Die beiden Weltkriege hatten tiefe Spuren hinterlassen, besonders der zweite Weltkrieg, dem ca. 4 Millionen Polen zum Opfer gefallen waren, davon waren etwa zur Hälfte jüdische und katholische Bürger.

Der Großvater meines heutigen polnischen Freundes war in Dachau von den Deutschen umgebracht worden und ich kannte eigentlich nur die gängigen Vorurteile gegen Polen: Polen sind faul, Polen stehlen und Polen haben unser Land geklaut. Es hieß aber auch: Polen sind fromm.

### Erste Besuche in einem schönen Land

Unter diesen Bedingungen ließ ich mich auf die Initiative eines Lehrerkollegen ein, der im Maximilian-Kolbe-Werk tätig war. So kam es zu einer ersten Fahrt von 16 Schülern und drei Lehrern im Oktober 1980 nach Polen, kurz nach den Ereignissen von Danzig. Wir besuchten ein Dorf in der Umgebung von Opoln, Krakau, Tschenschtochau und Niepokalanow, das Kolbe-Kloster bei Warschau. Dabei lernte ich ein schönes Land kennen, besonders in den Bergen um Wadowice, dem Geburtsort von Johannes XXIII. Außerdem traf ich auf freundliche und hilfsbereite Menschen, ungeachtet unserer Herkunft als Deutsche, wenn wir z.B. nach dem Weg fragen mussten.

Bei dem Besuch in Krakau wohnten alle 19 Reisende bei einer Bekannten meines Kollegen. Dort hatten wir Kontakt zu der „Studentengemeinde“ von Krakau. Beides zusammen führte uns zu dem Plan, zu den rund 20 „Westlern“ 50 polnische Gäste nach Deutschland einzuladen. Wir bekamen auch eine Liste mit 51 Namen und begannen mit den Gegeneinladungen. Allerdings war es damals nicht einfach, unsere polnischen Gäste nach Deutschland kommen zu lassen, da z.B. Visa sehr schwierig zu beantragen waren.

### „Andere Deutsche“ kennen lernen

Bis zu den Winterferien der Polen im Februar 1981 konnten erst einmal nur fünf dieser jungen Leute kommen. Die auf mich „entfallenden Personen“ waren nicht dabei; eine holte das im Sommer 1981 nach. Zu Piotr Jagielka konnte ich erst nicht kommen, weil er zur Armee musste und Ende 1981 in Polen das „Kriegsrecht“ ausgerufen wurde. Während dessen verschlechterte sich die Versorgungslage in Polen beträchtlich. Es gab Hilfslieferungen aus Deutschland, wodurch viele Polen zum ersten Mal „andere Deutsche“ ken-

nenlernten. Bei den Lieferungen aus Vreden und Ahaus/Ottenstein lenkte ich selbst einen LKW.

1983 lernte ich bei einer nun von mir selbst organisierten Reise o.g. Piotr kennen. Trotz der schlechten Erfahrungen ihres Vaters, stimmte seine Mutter dieser Begegnung zu, damit es „anders anfängt zwischen uns“ (Hilde Domin).

### Freundschaft hat Kreise gezogen

Danach riss die Freundschaft nicht mehr ab. Zunächst begegneten wir uns im Zweijahrestakt: mal er bei mir, mal ich bei ihm, später sahen wir uns auch zweimal im Jahr. Heute haben wir mindestens 30 Besuche in Polen, u.a. auch mit einem Schüleraustausch-Programm in Posen und mindestens 20 Gegenbesuche hinter uns. Ein Familienkreis in Wadowice betrachtet sich als pax christi-Gruppe. Dabei haben wir viele Eindrücke hinter uns: Dazu gehörte eine Bergbesteigungen in den Beskiden, in der Hohen Tatra, bei der sogar mein Schwiegervater, ehemals Soldat, jetzt Kriegsversehrter mit Krücken mit aufgestiegen ist.

Die Wallfahrtsstadt Tschenschtochau besuchten wir und das Kolbekloster Niepokalanow in der Nähe von Warschau. Natürlich haben wir auch das KZ Auschwitz besucht, genau genommen sind es drei KZs dort, aber auch die beiden Königsstädte Krakau und Warschau standen auf dem Programm.

Die Freundschaft ist seitdem geblieben, hat Kreise gezogen und so die alte Feindschaft und Vorurteile überwinden geholfen.

Werner Michael Finkemeier ist seit den 90er Jahren Mitglied von pax christi Münster und seit 2006 Mitglied der dortigen Sprechergruppe.



Foto: pax christi Münster



*pax christi Münster organisiert Fahrten für polnische und deutsche Jugendliche. Spannende Gespräche und intensiver Austausch zwischen den Kulturen zeichnen die Begegnungen aus. Die persönlichen Kontakte der Jugendlichen untereinander führen zu mehr Verständnis der jeweils anderen Seite.*

# Wilfried Böske

Kriege werden von Menschen geführt und  
nur Menschen können Frieden schaffen.

Foto: Martin Gundermann-Bald



Aktiv für den Frieden stellt berühmte und weniger bekannte Menschen vor, die sich für den Frieden engagieren. Diesmal ein Interview mit einem der sich in der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ engagiert und allein 4.200 Unterschriften gesammelt hat.

---

Die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ verdankt Ihnen 4.200 Unterschriften. Die haben Sie seit 2011 in unermüdlicher Aktivität gesammelt. Was motiviert Sie dazu?

---

Mein Anliegen ist vor allem, dass die Aktion politisch wirksam wird. Auf Grund meines Alters gehöre ich zu den Kriegskindern, von denen einige traumatisiert sind. Das gilt längst nicht für alle, wie ich auch an meinen Geschwistern erkennen kann. Bei einer generellen Traumatisierung durch Kriege wäre der 2. Weltkrieg nur 21 Jahre nach dem ersten Weltkrieg nicht möglich gewesen. Nach Krieg und Gefangenschaft kam unser Vater für uns als Fremder nach Hause. Die verlorenen Jahre konnten nicht mehr ausgegli-

chen werden. Unsere Mutter musste uns vier Kinder mit zusätzlicher Arbeit in anderen Haushalten und als Erntehelferin durchbringen. Ihre Verdienste sind unschätzbar, aber um Liebe und Zärtlichkeit auszudrücken, blieb keine Kraft.

---

Wann und wie sind Sie auf die Idee gekommen sich so intensiv für das grundsätzliche Verbot von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Grundgesetz zu engagieren?

---

Die Ungeheuerlichkeit von Kriegen hat sich mir nach und nach erschlossen, hauptsächlich durch Lesen. Die Ungeheuerlichkeit hat zur Ermordung von 6 Millionen Juden,

zur Vernichtung von Randgruppen (unwertes Leben), zur unmenschlichen Behandlung von Kriegsgefangenen geführt. Nach Angaben der UN sind gegenwärtig 45 Millionen Menschen auf der Flucht. Das Leid hinter diesen Zahlen ist unvorstellbar. Nach Sigmund Freud sind wir nicht Herr im eigenen Haus. Meine Prägung hat mich zur leidenschaftlichen Unterstützung der Friedenskampagne geführt. Ich bin den Trägern der Kampagnen sehr dankbar.

Ich war 27 Jahre ehrenamtlich im kirchlichen Bereich tätig. Am Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bin ich in die Partei DIE LINKE eingetreten. Mein Bemühen für Frieden und Gerechtigkeit decken sich mit den Zielen dieser Partei. Das Bemühen, insbesondere auch der kirchlichen Organisationen, Not zu lindern und Wunden zu heilen, ist sehr verdienstvoll. Aber wir müssen dahin kommen, dass Wunden erst gar nicht geschlagen werden.

---

## In welchen Städten haben Sie gesammelt?

---

Mit dem Sammeln von Unterschriften habe ich nach einem Einführungsvortrag von pax christi in Paderborn im Herbst 2011 begonnen. Zunächst im örtlichen Bereich, mit Unterstützung meiner Genossen vom Ortsverband, bei Nachbarn, Bekannten, Freunden und in Vereinen. Ergebnis ca. 200 Unterschriften. Bei den örtlichen Kirchen und Schulen habe ich keine Unterstützung bekommen. Dann ging es weiter auf Parteiveranstaltungen, u.a. auf der Afghanistankonferenz in Bonn im Dezember 2011, dann auf der Dokumenta in Kassel im Sommer 2012, beim Ostermarsch, auf der Gedenkfeier an das Konzentrationslager in Wewelsburg und in der Fußgängerzone in Paderborn und auf den Protesttagen in Frankfurt gegen die Finanzwirt-

schaft und deren Geschäfte u.a. im Waffenhandel, beim Landraub und der Spekulation mit Nahrungsmitteln (Organisator war Blockupy).

---

## Gibt es Anekdoten? Kleine Geschichten über Begegnungen bei der Unterschriftssammlung? Gibt es bedeutsame Erlebnisse von unterwegs? Bitte erzählen Sie!

---

Besondere Erlebnisse beim Sammeln: Nach stundenlangem Mühen um Unterschriften glich meine Stimme immer weniger einem Aufschrei. Zweimal hatte ich dann spontane, lautstarke, begeisterte Unterstützung von Gleichgesinnten. Auf der Dokumenta habe ich erfahren, dass in allen Kontinenten gleichgewichtete Friedenskampagnen laufen. In Kassel waren und sind große Rüstungsbetriebe. Deshalb sind bei den Luftangriffen im 2. Weltkrieg Phosphorbomben abgeworfen worden. Vor Phosphorbränden gab es kein Entrinnen, auch nicht in Flüssen. Ältere Kasseler, die dieses Inferno überlebt haben, konnten sich noch mit Grauen daran erinnern. Die Opfer sind in einem Massengrab beseitigt worden. Ebenfalls auf der Dokumenta baten mich zwei Jugendliche aus Dresden um ein kurzes Interview für einen privaten Sender. In Paderborn waren Zuwanderer besonders interessiert. Ein Zeuge Jehova hatte wegen Kriegsdienstverweigerung im KZ gesessen.

---

## Was sind Ihre friedenspolitischen Ziele?

---

Wir Linken arbeiten gern mit allen Bürgerbewegungen und sozialen und kirchlichen Organisationen für Frieden und Gerechtigkeit zusammen. Mit Hinweis auf die Türkei und Ägypten muss angestrebt werden, dass Kirchen und Staaten voneinander unabhängig werden. Bewunderung und Skepsis gegenüber meinen Bemühungen habe ich immer gekontert mit der logischen Antwort: „Kriege werden von Menschen geführt und nur Menschen können Frieden schaffen.“

Die Fragen stellte Christine Hoffmann

Wilfried Böske, Jahrgang 1937, in Herford geboren. Besuch der Volksschule, dann folgten Handwerkslehre, Handelsmarine, danach Ausbildung zum Bauingenieur und Tätigkeit als solcher im öffentlichen Dienst.

„Vor allem ist mir wichtig, dass die Kampagne politisch wirksam wird!“

W. Böske

# Responsibility to Protect

Alter Fusel in neuem Schlauch? – Ein Problemaufriss.

Albert Fuchs

Die Idee einer Responsibility to Protect (RtoP) als individuumsbezogene Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft ist auf Anregung des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan entstanden. Zeitpunkt und Kontext lagen „im Nachgang“ zu Ruanda und Srebrenica sowie zum Kosovo-Krieg. Die im UNO-Rahmen entwickelte RtoP beinhaltet auf den ersten Blick in ihrem harten Kern die Rechtfertigung von militärischer Gewalt mit humanitären Werten und Zielen, wie sie Kriegsherren seit unvordenklichen Zeiten sowohl retrospektiv wie prospektiv praktizieren. Fraglos neu ist die smarte Fassung dieses Rechtfertigungsansatzes. Vor allem aber erscheint nun nicht mehr die Intervention rechtfertigungspflichtig, sondern der Verzicht darauf. Das droht einen Moralismus zu begünstigen, der nicht nur die ethischen Dilemmata humanitär begründeter Kriege ignoriert, sondern leicht selbst zum „Kriegstreibstoff“ gerät.

## Es erscheint nicht mehr die Intervention rechtfertigungspflichtig, sondern der Verzicht darauf

Doch vielleicht ist es ja im Rahmen der UNO – gemäß „Wille und Vorstellung“ von Kofi Annan – gelungen, die Missbrauchsanfälligkeit „humanitärer Interventionen“ zu überwinden und eine Balance zu finden zwischen dem generellen Gewaltverbot und der Souveränitätsgarantie der UN-Charta einerseits (Art. 2 Abs. 4 und Art. 2 Abs. 1 und 7) und andererseits ihrem Anspruch, die „Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied...“ zu befördern (Art. 55 Abs. c; vgl. Art. 1 Abs. 3). Jedenfalls erfordert und verdient das RtoP-Konzept einen zweiten Blick.



Die fragliche Begrifflichkeit findet sich erstmals in dem Ende 2001 vorgelegten Bericht einer Ad-hoc-Gruppe von 12 internationalen Experten „Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty“ (ICISS). In diesem Bericht spielt ein neues Verständnis von staatlicher Souveränität eine Schlüsselrolle. Die Souveränität eines Staates nach innen (selbstbestimmte Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung) wird inhaltlich mit der Verantwortung für den Schutz seiner Bürger vor „schwerwiegendem Schaden“ nahezu gleichgesetzt. Vor allem wird postuliert, die äußere Souveränität (keine Einmischung anderer Staaten in innere Angelegenheiten) hänge davon ab, ob ein Staat seiner Schutzverantwortung gegenüber seinen Bürgern gerecht werde. Sei er dazu nicht in der Lage oder nicht willens, gehe diese Verantwortung zu Lasten seiner Souveränität an die internationale Gemeinschaft über – und zwar als Verantwortung zu Vorbeugung, Krisenreaktion und Wiederaufbau (responsibility to prevent/react/rebuild). Insbesondere die krisenreaktive Komponente soll, so der ICISS-Vorschlag, als letztes Mittel die Befugnis zu militärischer Intervention umfassen; die aber müsse grundsätzlich vom UN-Sicherheitsrat autorisiert werden, notfalls durch die Generalversammlung (Uniting for peace-Verfahren) oder eine zuständige Regionalorganisation. Darüber hinaus sollen vier weitere Prüfkriterien (wie in der Bellum-ius-tum-Tradition) zur Geltung kommen.

Die Idee der RtoP der ICISS fand im UN-Kontext und darüber hinaus – auch in kirchlichen oder kirchennahen Milieus – lebhaft Resonanz und wurde schon bald als „sich herausbildende Völkerrechtsnorm“ gehandelt. Die bisher relevanteste Rezeption stellt ihre Aufnahme in die Resolution der UN-Generalversammlung über das Ergebnis des UN-Reformgipfels von 2005 dar (Res. 60/1 Ziff. 138f.). Danach beinhaltet RtoP:

- die Verantwortung jedes einzelnen Staates, seine Bevölkerung vor „Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu schützen
- eine Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, durch die UN „geeignete diplomatische, humanitäre und andere friedliche Mittel gemäß Kapitel VI und VIII der UN-Charta zu ergreifen“, um diesen Schutz zu gewährleisten
- die Möglichkeit, „über den Sicherheitsrat im Einzelfall rechtzeitig und entschieden kollektive Maßnahmen im Einklang mit der Charta, namentlich Kapitel VII, zu ergrei-



PCI-Workshop mit Stefan Leibold und Stefanie Wahl

## PCI in Berlin

Vom 10. – 12. Juni fand in Berlin das sogenannte annual general meeting (agm) von Pax Christi International statt. Diese jährliche Zusammenkunft der Delegierten der nationalen Sektionen hat die Aufgabe, Erfahrungen auszutauschen und aktuelle Themen zu beraten, über die Zusammensetzung des internationalen executive committees (Vorstand) zu befinden und sich mit der Finanzlage der weltweiten Bewegung zu befassen. Zu internationalen Co-Präsidenten wurden erneut Bischof Kevin Dowling (Südafrika) und Marie Dennis (USA) gewählt. Als Schatzmeister P. Jan Peters sj (Niederlande) betätigt. Die weiteren Mitglieder sind Mustafa Ali (Kenia), Sr. Filo Hirota (Japan), P. Neles Tebay (West Papua), Antal Balog (Kroatien), Christiana Calabrese (Italien), Ann Farr (Großbritannien), Carmen Artigas (Uruguay), Rania Murra (Palästina) und Wiltrud Rösch-Metzler aus der deutschen Sektion.

### Was bewegt die internationale Bewegung zurzeit besonders?

Kampagnenfähigkeit und advocacy oder: von amnesty und oxfam lernen? Hier erfuhren die Delegierten per Skype von diesen NGOs, wie sie erfolgreich sind. Für pax christi etliche Anregungen, aber nicht unbedingt ein Modell.

Mit Gebet und Betrachtung in der Gedenkkirche Maria Regina Martyrum und dem Ök. Zentrum Plötzensee konnten wir mit unseren internationalen Gästen einen Ort der Erinnerung an den – in unseren Kirchen nicht großen – Widerstand gegen das NS-System besuchen, Rundgänge in der Innenstadt vermittelten einen Eindruck vom heutigen Berlin. Netzwerk ist ein großes Wort, aber es braucht auch Knoten und Seile und so kamen Erfahrungsaustausch und informelle Begegnung nicht zu kurz. Das nächste agm wird 2014 in Sarajevo sein, die nächste weltweite Versammlung aller Sektionen, Mitgliedsgruppen und Freunde soll 2015 stattfinden – pax christi wird dann 70!

Konkreter war der aktuelle einmütige Protest gegen automatisierte Waffen wie Drohnen und andere „robots“. Neben der deutschen ist hier die britische Sektion mit Aktionen und Protest in der Öffentlichkeit federführend, da auch britische Einheiten in Afghanistan maßgeblich diese sog. Kampfdrohnen einsetzen und eine weitere Automatisierung von Kriegen befürchtet wird.

fen, falls friedliche Mittel sich als unzureichend erweisen und die nationalen Behörden offenkundig dabei versagen, ihre Bevölkerung vor ... zu schützen“.

Bemerkenswert sind folgende Änderungen gegenüber dem ICISS-Vorschlag: paradigmatische Spezifikation des Schutzbedarfs unter Einschränkung auf existenzinteressenrelevante Tatbestände, Betonung friedlicher Mittel zur Wahrnehmung internationaler Verantwortung, ausdrückliche Orientierung an der UN-Charta in der Frage militärischer Interventionen ohne auch nur einen Gedanken an eine Interventionspflicht, (implizite) Beschränkung im Eventualfall auf die (Bellum-iustum-)Kriterien gerechter Grund, legitime Autorität und letztes Mittel.

Natürlich sind diese Modifikationen ein Niederschlag der politischen Verhältnisse in der Generalversammlung. Diese unterstrich im Übrigen die Notwendigkeit, das RtoP-Konzept weiter zu prüfen. Auf die Anschlussentwicklung kann hier nicht eingegangen werden. Eine eigene Geschichte ist auch die Resonanz in Theologie und Kirchen. Dazu nur: Mit Sicherheit schafft auch keine noch so tiefgründige oder raffinierte kirchlich-theologische Bearbeitung der RtoP-Idee die eingangs angedeutete ethische Problematik aus der Welt; der „Schatz im Acker“ der Kirchen bleibt, ist aus pazifistischer Sicht die jesuanische Gewaltfreiheit.

Albert Fuchs ist Mitglied der pax christi-Kommission Friedenspolitik.

# Syrien: 29 Tage Hoffnung nach Freiheit

Dem 32-jährigen Hazem S. aus Damaskus gelang es, der schwierigen Situation in Syrien zu entkommen und ein neues Leben in Europa zu beginnen. Trotzdem ist es noch immer für ihn schwierig, das Erlebte zu verarbeiten. In einem Gespräch erzählt er nun von den Erlebnissen seiner einmonatigen Gefangenschaft in einem syrischen Gefängnis.



Foto: Bettina Zangl

Warum wurdest du festgenommen? Hast du an Demonstrationen gegen das syrische Regime teilgenommen?

Ich habe an zwei Demonstrationen teilgenommen, jedoch war dies nicht der Grund, warum ich festgenommen wurde. Der eigentliche Grund für meine Festnahme war ein Eintrag auf Facebook zu dem Thema „Gewaltfreiheit“. Eines Tages wurde ich vormittags in meiner Arbeit unerwartet verhaftet und direkt in das Gefängnis al-Mezze in der Nähe des Militärflughafens in Damaskus gebracht.

Wie lange wurdest du festgehalten?

Insgesamt wurde ich für einen Monat eingesperrt. Am Beginn wurde ich für 4 Tage in einem großen Raum mit 120 anderen Häftlingen untergebracht. Danach kam ich für 25 Tage in einen sehr kleinen Raum mit insgesamt 5 Leuten. Die Angst, jeden Tag gefoltert zu werden, war unser ständiger Begleiter. Einige Aspekte der Art und Weise, wie ich

während der Gefangenschaft behandelt wurde, sind durchaus heuchlerisch. Das syrische Regime selber sieht sich immer so, als sei es nicht gegen seine eigenen Menschen, sondern sieht eine große Verantwortung, die eskalierende Situation im eigenen Land zu regeln und versucht so das Vorgehen als Sicherheitsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Die Behandlung während meiner Gefangenschaft zeigt aber ein klares Bild. Auf den ersten Blick wirkt es so, als hätten sich die Verhältnisse in syrischen Gefängnissen in den letzten Jahrzehnten verbessert. Als Hafiz al-Asad regierte, bekamen Gefangene im gleichen Gefängnis noch Elektroschocks. An mir wurden keine Elektroschocks mehr angewandt. Ich bekam 3 Mahlzeiten pro Tag, und zweimal in der Woche sogar Fleisch. Jedoch mussten wir uns die Mahlzeit zu fünft teilen und wurden behandelt wie Tiere. Andererseits erstellten die Wärter Medikamentenlisten für kranke Menschen. So wurden etwa auch Medikamente gegen hohen Blutdruck verteilt. Das hört sich wahrscheinlich

verrückt und unwichtig an, aber wir sprechen von einem diktatorischen Regime. Die Behandlung kann beispielsweise nicht mit dem Palmyra-Gefängnis während der Hafiz-Ära oder anderen internationalen Beispielen verglichen werden. Außerdem wurde ich nach 29 Tagen entlassen. Die Mentalität, dass sie die Menschen „besitzen“, ist aber leider immer noch vorhanden; es war jedoch klar, dass sie nicht alles tun konnten, was sie wollten. Schlagen und an die Wand hängen konnten sie uns aber trotzdem noch immer.

Du sprichst immer von „ihnen“. Wer sind diese Menschen, die dich folterten?

Diese Menschen setzten sich aus drei verschiedenen Gruppen zusammen. Ich will diese Gruppen eigentlich auch nicht näher benennen, da es für die momentane Situation nicht förderlich ist, Menschen nach ihrer Religion oder Weltanschauung zu kategorisieren. Meiner Ansicht nach ist ein Großteil der Gefängniswärter sadistisch eingestellt. Sie sind jung, die meisten etwa 16 oder 17 Jahre alt, und haben im Allgemeinen keine höhere Bildung genossen.

Konntest du mit ihnen sprechen?

Natürlich nicht, ich konnte ihnen nie in die Augen blicken. Als Gefangener muss man den Kopf ständig senken und Richtung Boden starren. Tat ich dies nicht, wurde ich geschlagen. Auch sprechen durfte man nicht, sonst wurde man wieder gepeinigt. Dreimal am Tag konnte ich die Toilette benutzen; man hatte etwa eine Minute Zeit, um wieder zurückzukommen. Zuspätkommen wurde bestraft. Sie suchen einfach immer wieder einen Grund, um einen zu demütigen. Getötet wurde man schlussendlich allerdings nicht.

Wurdest du auch befragt während deiner Zeit im Gefängnis?

Ja, dreimal. Als ich an der Reihe war, wurden meine Augen verbunden. Sie wollten eigentlich nur hören, was ich getan hätte und warum. Vor allem wollten sie hören, dass ich es nie mehr machen würde. Das wichtigste für die Airforce-Intelligent-Agency ist es, Namen zu hören.

Oft werden Massen an jungen Menschen bei Demonstrationen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren festgenommen. Ins Gefängnis eingeliefert, werden sie dann so lange geschlagen, bis sie einfach Namen nennen, damit sie endlich aufhören, sie zu quälen. Dies ist auch mir wiederfahren. Sie hatten eigentlich überhaupt nichts gegen mich in der Hand. Sie haben einen Bericht bekommen, dass ich ein Gandhi-Video auf Facebook gepostet hätte. Weder Computer noch Screenshot waren vorhanden. Details zu meinem Eintrag auf Facebook waren ihnen nicht bekannt und das

eigentliche Video war für sie auch irrelevant. Sie wollten einfach nur verstehen, warum ich das Video gepostet habe. Aufgrund dessen haben sie mich 29 Tage lang gepeinigt.

Wie war die Kommunikation unter den Gefangenen, bist du noch in Kontakt mit den Menschen?

Jeder Syrer weiß, dass du nicht mit den Personen in deiner Zelle sprechen darfst. Den ganzen Tag wurde geflüstert, Wir haben vor allem über Essen, Autos und Spiele „gesprochen“, insbesondere mit den Jüngeren, die den ganzen Tag geweint haben. Wir wollten die negative Stimmung vermeiden.

Wie konntest du der Situation entkommen?

Durch die guten Verbindungen meiner Familie kam ich am Ende frei. Davor musste ich aber versprechen, nichts mehr gegen die Verschwörung gegen Syrien beizutragen. Ich wurde unvollständig rasiert und konnte eine kurze Dusche nehmen, um den Menschen draußen vorzutäuschen, dass wir im Gefängnis gut behandelt würden. Der Anzug von der Arbeit, den ich einen Monat durchgehend getragen hatte und die Ungezieferbisse zeichneten jedoch ein anderes Bild. Die einzige Möglichkeit, den anderen Gefangenen zu helfen, war, die Angehörigen zu kontaktieren und ihnen mitzuteilen, dass sie noch am Leben sind.

Die Fragen stellte Bettina Zangl

Bettina Zangl ist im Flüchtlings- und Integrationsbereich der Caritas Steiermark tätig, hat in Wien Internationale Entwicklung mit dem Schwerpunkt Nahostpolitik und Menschenrechte studiert und am EAPPI teilgenommen.



Foto: Bettina Zangl

# »»»Zwischen««« weiter so und gänzlich verbieten

Ein bisschen Transparenz



Grafik: www.armsflow.org

## Paul Russmann

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ will das Geschäft mit dem Tod beenden und den Waffenexport stoppen. Deshalb fordern wir mit einer Klarstellung im Grundgesetz: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert“. Zur Bundestagswahl 2013 hat „Aktion Aufschrei“ Wahlprüfsteine zu den Themen „Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz!“, Menschenrechte, Kleinwaffen, Lizenzvergabe, Hermes-Bürgschaften, Transparenz und Vetorecht des Bundestages veröffentlicht. Ihre persönliche Meinung zu den Wahlprüfsteinen beantworten in diesen Wochen die Kandidat/innen der Parteien in – auch von pax christi – organisierten Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl.

Auch in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013 äußern sich die im Bundestag vertretenen Parteien zum Thema Rüstungsexport. CDU/CSU und FDP beschränken sich dabei auf jeweils zwei Sätze. Ausführlicher sind die Aussagen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Hier eine Skizze der einzelnen Wahlprogramme:



CDU/CSU „halten an den geltenden strengen Richtlinien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern fest“ und setzen sich „weiter für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein.“



Die SPD „will zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit.“ Sie lehnt „eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik entschieden ab.“



Bündnis 90/Die Grünen „wollen ein verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz einführen, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt.“ Der Handel mit Kleinwaffen „muss massiv begrenzt und kontrolliert werden.“



Die Linke fordert dagegen „ein Verbot aller Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen. Als ersten Schritt fordern wir das sofortige Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken.“



Die FDP fordert lediglich den „Rüstungsexportbericht künftig zeitnah im direkten Anschluss an den Berichtszeitraum“ zu veröffentlichen. Darüber hinaus will sie „die Kontrolle über den weiteren Verbleib und die Verwendung exportierter Waffen und Rüstungsgüter ausbauen.“

### Ein bisschen Transparenz

Entsprechende Kontrollen fordern auch Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Beide wollen nicht mehr in Länder liefern in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden; letztere auch nicht mehr in Krisengebiete. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke setzen sich für ein Verbot von Hermes-Bürgschaften ein; erstere wollen auch den Export von Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten „prinzipiell verbieten“.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die Zuständigkeit für die Genehmigung von Rüstungsexporten vom Wirtschaftsministerium auf das Auswärtige Amt übertragen. Der Bundessicherheitsrat in „seiner jetzigen Form“ soll abgeschafft und durch eine Entscheidung der Bundesregierung „im Konsens“ ersetzt werden. Im Parlament soll ein aufschiebendes Veto eingeführt werden, für Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht.

Die Linke spricht sich „für die Einstellung sämtlicher Rüstungsproduktionen in der Bundesrepublik Deutschland aus.“ Sie will mit „Gewerkschaften, Kirchen, der Friedensbewegung u.a. in einen neuen Prozess der Debatte über Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie eintreten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen“, denn „ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten.“ Mein persönliches Fazit zu den Aussagen in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien lautet: Alle Parteien kamen nicht umhin, sich zum Thema Rüstungsexport zu äußern. Dies ist nicht nur, aber auch ein Erfolg unserer „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Selbst CDU/CSU und FDP, denen das Thema sichtlich unangenehm ist, äußern sich in wenigen, dünnen Sätzen. Motto: Augen zu, weiter so und noch mehr wie bisher, garniert mit ein bisschen mehr Transparenz.

Die SPD will zurück zur Rüstungsexportpraxis während der rot-grünen Koalition. Doch auch unter Rot-Grün sind die Rüstungsexporte gestiegen. Geliefert wurde auch damals in zahlreiche menschenrechtsverletzende und (Bürger-) kriegsführende Staaten. Bündnis 90/Die Grünen gehen mit ihren Vorschlägen in die richtige Richtung, beschränken sich aber im Wesentlichen mit ihren Vorhaben auf die „Kriegswaffen“. Für den Export „sonstiger Rüstungsgüter“ fallen die vorgesehenen Einschränkungen weniger restriktiv aus.

Die Aussagen der Linkspartei gehen über die Kernforderung von „Aktion Aufschrei“ hinaus. Sie entsprechen vielfach Forderungen, die in der Friedensbewegung gestellt werden und sich in einer – im Augenblick wenig wahrscheinlichen – Regierungsbeteiligung zu bewähren hätten. Jede Waffe die exportiert wird, heizt das konventionelle weltweite Wettrennen weiter an. Wer Waffen liefert, verhält sich vor allem abrüstungsfeindlich. Wir bleiben dabei: Frieden schaffen geht nur ohne Waffen(export).

Diplom-Theologe Paul Russmann ist Referent für Friedensarbeit der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben in Stuttgart und neben Christine Hoffmann und Jürgen Grässlin einer der drei Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

## Präsidiumsnotizen

Josef Roberg

### Berliner Tage sind lang... Präsidiumssitzung Juni 2013

Einmal im Jahr trifft sich das Präsidium in Berlin, um gemeinsam mit Vertreter/innen der Kommissionen zu diskutieren. Ab Freitag läuft sich das Präsidium alleine warm, um dann am Samstag die Kommissionen zu begrüßen. Folgende Punkte wurden unter anderem thematisiert:

In Frankfurt wurde das Versammlungsrecht einer Blockupy-Demonstration durch die Polizei massiv behindert. Hierzu entstand eine Stellungnahme des Präsidiums.

Der neue Internetauftritt von pax christi nimmt Gestalt an. Geplant ist es, dort die große Vielfalt der Bewegung stärker als bisher zu präsentieren. Auch die vielen Aktivitäten an der Basis sollen präsentiert werden. Zahlreiche technische und gestalterische Fragen sind dabei zu klären. Das Präsidium wünscht sich, dass in Zukunft viele Bistumsstellen unter das „Dach“ der neuen Bundeshomepage kommen. Als Starttermin ist zurzeit die Delegiertenversammlung Ende Oktober geplant.

Die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ befindet sich in der Endphase der Kampagne. Alle Beteiligten sind sich einig, dass sie erfolgreich war und sehr viel Öffentlichkeit erzeugt hat. Wahlprüfsteine sind abrufbar und sollen das Gespräch mit den Bundestagskandidat/innen erleichtern. Diskutiert wird, wie die Kampagne nach der Wahl weitergeführt werden kann. Hierzu findet Ende November ein Auswertungstreffen in Kassel statt.

Christine Hoffmann hat im Mai Afghanistan besucht und zahlreiche Gespräche geführt. Ihr ausführlicher Bericht wird in Kürze in einem Impulseheft zu Afghanistan erscheinen. Der »Runde Tisch Nahost« brachte im Juni Gegner/innen und Befürworter/innen ins Gespräch. Ausführlich berät das Präsidium hierzu, um den unterschiedlichen Positionen in der Diskussion Raum zu geben und der Veranstaltung zum Erfolg zu verhelfen.

Die Beteiligung von pax christi am Katholikentag 2014 war ein weiteres Thema. Wir werden uns mit unseren Anliegen in das Geschehen einbringen.

Samstagnachmittag und Sonntag standen ganz im Zeichen des Austausches zwischen Kommissionen und Präsidium. Dieser jährliche Termin ermöglicht es, in kleiner Runde die

Arbeit der Kommissionen zu analysieren und Unterstützungsbedarf zu identifizieren. Ebenso erhalten die Kommissionen Einblick in aktuelle Aspekte der Präsidiumsarbeit und können so ihre Ideen einbringen.

So hat das Präsidium von den Schwierigkeiten mit einer Militärseelsorgeinitiative erfahren, Manfred Budzinski berichtet von der Aktionärsversammlung der Firma HeidelbergCement, auf der er über eine Fabrik im Westjordanland sprechen konnte. Christa Guerreo, Christine Klissenbauer und Heinz Neuser berichten über die schlimme Menschenrechtslage in verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Heinz Rothenpieler vermittelt einen Eindruck von den Konflikten im Kongo und der Arbeit von Kommissionsmitglied Reinhard Voss. Weiterhin ist die Betreuung der Schule in Bukavo zentrale Aufgabe. In den Focus wird zudem der Rohstoffabbau im Kongo genommen; hier werden Initiativen zur Zertifizierung unterstützt. Peter Schönhöffer stellt die Ökumenische Versammlung vor, die im Mai nächsten Jahres in Mainz stattfinden wird.

Das Präsidium seinerseits berichtet von seinen Aktivitäten rund um die neue CD-Linie, also die neue Homepage und eine internetgestützte Plattform für das Erstellen von Materialien. Weiterhin wurden die Planungen zum Gedenkjahr „100 Jahre erster Weltkrieg“ vorgestellt. Den Abschlusspunkt bildete die Präsentation der neuen Satzung mit seinen wichtigsten Änderungen für die Kommissionen. Sie wird auf der Delegiertenversammlung im Oktober zur Abstimmung gestellt.

Berliner Tage sind lang... und die Nächte auch; nach 21 Uhr gibt es bei jeder Sitzung reichlich Gelegenheit sich entspannter in gemütlicher Runde auszutauschen.

## pax christi-Delegiertenversammlung 2013

Dieses Jahr ist die pax christi-Delegiertenversammlung vom 25. – 27. Oktober 2013 in Fulda eine Zukunfts-DV. Das Präsidium legt u.a. einen Satzungsänderungsantrag vor, der die inhaltliche Arbeit der Bewegung auf zukunftsichere Füße stellt. Wir schaffen damit strukturelle Klarheit im Sinne des Vereinsrechts. Nach der Satzungsänderung kann die Bewegung ins Vereinsregister eingetragen werden.

Den Antrag zur Satzungsänderung und alle anderen Unterlagen zur DV findet Ihr ab dem 25. September 2013 im Intern-Bereich unserer Website [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de) oder kann im Sekretariat angefordert werden.

Die Kommission »Solidarität Eine Welt« informierte, dass Hernando Mejia, Koordinator der pax christi-Gruppe in Barrancabermeja / Kolumbien eine schriftliche Todesdrohung erhalten hat.



Kommission >>Solidarität Eine Welt<<

## Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

### Friedensorganisationen befürworten EU-Leitlinien zu Verträgen mit Israel

Die Nahost-Kommissionen von pax christi und des Versöhnungsbundes sowie die Ärzte-Friedensorganisation IPPNW haben in einer gemeinsamen Erklärung die positive Wirkung der Leitlinien der EU vom 19. Juli 2013 hervorgehoben, die die von Israel besetzten Gebiete von Zollpräferenzen ausschließen. Die Leitlinien stellen klar, dass die EU die Golanhöhen, den Gazastreifen und das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems „nicht als Teil des israelischen Staatsgebiets“ betrachtet. Zur Unterstützung der neuen Friedensverhandlungen raten die Organisationen zum Kaufverzicht israelischer Siedlungsprodukte und fordern eine deutliche Herkunftsbenennung. Kritisch bewerten sie, dass diese Produkte weiterhin in die EU importiert werden dürfen.

### pax christi-Koordinator in Kolumbien mit dem Tod bedroht

Die Kommission »Solidarität Eine Welt« informierte, dass Hernando Mejia, Koordinator der pax christi-Gruppe in Barrancabermeja/Kolumbien eine schriftliche Todesdrohung erhalten hat. Sie stammt von einer paramilitärischen Organisation, die durch „Säuberungen“ ihre Macht in der Stadt durchsetzen wollen. Hernando und der mit genannte

David Espinos setzen sich im Geiste Christi für Gewaltfreiheit, Frieden und Menschenrechte ein. Die Kommission bittet um Unterstützung einer amnesty-international-Aktion. Mehr dazu im Internet unter [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de).

### Friedensethische Neuorientierung in Baden

Die Kommission Friedenspolitik begrüßte in einer Stellungnahme das Bemühen der Evangelischen Landeskirche Baden um eine grundlegende friedensethische Neuorientierung der Kirche(n). Dies sei angesichts einer immer hemmungsloser durchgesetzten imperialen Machtpolitik vor allem der USA und ihrer „Koalitionen der Willigen“ und kirchlicher Lippenbekenntnisse gegen Kriege umso notwendiger. Der Entwurf des Positionspapiers beinhalte eine prägnante Zusammenstellung einer biblischen Friedenstheologie. Sofern die Idee des messianischen Friedens sich jeder Rechtfertigung von Gewalt und Krieg verweigere, stelle sie nicht nur das Empire-Modell militärischen „Friedenschaffens“ radikal in Frage, sondern auch andere Konzepte, die den „Rest-“ Einsatz von Gewalt vorsehen. Unter dem Paradigmenwechsel vom „gerechten Krieg“ zum „gerechten Frieden“ werde oftmals versucht, Elemente des christlichen Pazifismus mit der Denkfigur des gerechten Krieges zu verbinden. Das Positionspapier soll im Herbst von der Landessynode beraten und möglicherweise verabschiedet werden.

„Wo gibt es das sonst, dass Kinder und Jugendliche aller Schulformen zusammen kommen, an einem Strang ziehen und dabei solchen Spaß haben?“



Foto: pax christi Aachen

## Meldungen aus den Bistumsstellen

Markus Weber

### Bistumsstelle Aachen

#### Friedenslauf ist gelebte Inklusion

26 Schulen aus Aachen nahmen am 12. Aachener Friedenslauf am 12.07.2013 teil, darunter 7 Grundschulen, 2 Hauptschulen, 3 Realschulen, 6 Gymnasien, 6 Förderschulen, eine Gesamtschule und ein Berufskolleg. „Das ist das ganz besondere am Aachener Friedenslauf und unterscheidet ihn von anderen Sponsorenläufen“, freuen sich die Veranstalter von pax christi im Bistum Aachen. „Wo gibt es das sonst, dass Kinder und Jugendliche aller Schulformen zusammen kommen, an einem Strang ziehen und dabei solchen Spaß haben?“ In den Wochen vor dem Lauf haben viele Schulklassen das Begleitprogramm zum Friedenslauf genutzt, z.B. haben sie im „Coolnessworkshop“ geübt, für sich selbst und für andere in brenzligen Situationen da zu sein. Sie haben Zeitzeugen aus dem 2. Weltkrieg und aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien zugehört und vom Schicksal der Flüchtlingskinder aus Syrien erfahren. So haben sie sich ein Bild von den Leiden machen können, die Kriege mit sich bringen. „Das hat unsere Schüler ungemein motiviert am Friedenslauf teilzunehmen“, erklärt Matthias Fischer, Lehrer der Gemeinschaftshauptschule Drimborn. „Sie wollten ganz Aachen mit dem Friedenslauf zeigen, dass sie gegen Krieg sind und mit dem Sammeln der Gelder aktiv zum Frieden beitragen.“

### Bistumsstelle Augsburg

#### Dem Frieden Beine gemacht

Unter dem Motto „Dem Frieden Beine machen“ hat am 17. Juli in Augsburg der 5. Interreligiöse Augsburger Friedenslauf stattgefunden. Am diesjährigen Lauf, der am Dom startete und endete, waren rund 1.080 Schüler aus 12 Augsburger Schulen beteiligt. Sonniges Wetter sowie ein buntes Kulturprogramm sorgten für beste Stimmung. Neben der Triathletin Katja Mayer ging auch der Olympiasieger im Kanu-Slalom, Alexander Grimm, an den Start. Die erlaufenen Sponsorengelder gehen in diesem Jahr wieder in ein interreligiöses Friedensprojekt mit Jugendlichen in Bethlehem, unterstützen die Arbeit des Forum Ziviler Friedensdienst, der »friedens räume« in Lindau, ein pädagogisches Projekt vor Ort sowie erstmals das Namibia-Waisenkindprojekt „Steps for children“.

### Bistumsstelle Berlin

#### Friedensfestival in der Hauptstadt

Vom 6. bis 9. Juni hat auf dem Berliner Alexanderplatz das 5. Friedensfestival Berlin stattgefunden. Rund 40 verschiedene Initiativen und Gruppen präsentierten sich und ihre Arbeit der Öffentlichkeit. pax christi Berlin stellte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ vor und sammelte Unterschriften. Begleitet wurde das Festival mit Konzerten und Podiumsgesprächen zu Schwerpunkten der Friedensarbeit. Unter anderem war der Bürgerkrieg in Sri Lanka ein zentrales Thema, bei dem die „Projekte-Gruppe Sri Lanka“ von pax christi mit einer Ausstellung ihre Arbeit vorstellte.

## Gedenken Franz Jägerstätter

Mit einer Zusammenkunft hat pax christi Berlin am 6. Juli anlässlich des 70. Jahrestages seiner Verurteilung zusammen mit der „Gedenktafelinitiative Franz Jägerstätter“ vor dem ehemaligen Reichskriegsgericht am Lietzensee Franz und Franziska Jägerstätter gewürdigt. Redebeiträge kamen vom Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, von Georg Locher, Direktor des Österreichischen Kulturforums Berlin, von Irmgard Sinner, der Tochter des Richters Werner Lueben, der Franz Jägerstätter verurteilte, sowie von Jochen Schmidt von der Friedensbibliothek. Am 7. Juli wurde der Sonntagsgottesdienst in der Gedenkkirche Maria Regina Martyrum von pax christi Berlin zu Ehren Franz Jägerstätters gestaltet.

## Bistumsstelle Essen

### Kurzroute ins Sauerland

Am 7. Juli machten sich Mitglieder von pax christi Essen aus dem Ruhrgebiet auf ins Sauerland, wo sie die pax christi-Mitglieder Matthias Wagner und Pfarrer Johannes Broxtermann trafen. Gemeinsam besuchten sie die „Ge-Denk-Zellen“ in Lüdenscheid, feierten Gottesdienst (mit anschließendem Unterschriftensammeln gegen Waffenexporte), und machten eine kurze Wanderung an der Versetal Sperre, bei der sie die Magdalenenkapelle in Grotewiese besichtigten. Die „Ge-Denk-Zellen“ sind in drei Räumen im Kellergeschoss des Alten Rathauses untergebracht, in einem kurzen Flur und zwei Haftzellen des früheren Polizeifängnisses. Sie erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus in Lüdenscheid: jüdische Mitbürger, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Bibelforscher, Opfer von Zwangsarbeit und Euthanasie. An der Versetal Sperre erinnert eine Gedenktafel an die Menschen, die als Zwangsarbeiter im Arbeitserziehungs- und Konzentrationslager Hunswinkel im Tal der Verse zu Tode kamen – mindestens 550 Personen.

## Bistumsstelle Freiburg

### Thema „Gütekraft“ bei der Diözesanversammlung

Zu Gast der Diözesanversammlung von pax christi, die vom 19.-21. Juli in Sasbach stattfand, war in diesem Jahr Martin Arnold aus Essen. Der evangelische Pfarrer und Friedensforscher erläuterte den 30 Zuhörer/innen seine Forschungen zu diesem Thema und gab ihnen Hilfestellungen, wie sie die Forschungsergebnisse für ihre alltägliche Friedensarbeit nutzen können. Durch Gütekraft, wie sie sich vom Konzept Gandhis und anderer Friedensaktivisten ableitet, ist es Menschen verschiedener Religionen, Weltanschauungen und Ideologien immer wieder gelungen, Missstände auf friedlichem Wege abzubauen, so Arnold. Untersuchungen hätten gezeigt, dass gewaltfreie Aufstände im

»Jenseits von richtig und falsch gibt es einen Ort. Dort treffen wir uns.«

### Der „Runde Tisch Nahost“ war erfolgreich

„Das Brot an Jesu Tisch lässt sich nicht teilen, ohne auch das tägliche Brot zu teilen.“

Am 29. Juni 2013 fand im Kardinal Hengsbach-Haus in Essen der von der Delegiertenversammlung beschlossene „Runde Tisch Nahost“ statt. Ziel war der Austausch der unterschiedlichen Sicht- und Denkweisen zur Nahostarbeit, die sich aus der Diskussion um die Kampagne der Nahostkommission „Besatzung schmeckt bitter“ ergeben haben. An dem vom Präsidium organisierten Treffen nahmen Mitglieder der Bistumsstellen Trier, Osnabrück/Hamburg und Essen, der Nahostkommission und des Präsidiums teil, darunter der geschäftsführende Vorstand.

Der geschäftsführende Vorstand bewertet den Austausch positiv. In einer wertschätzenden Atmosphäre wurden die unterschiedlichen Standpunkte mitgeteilt. Es ist gelungen zuzuhören und die Hintergründe der jeweils anderen Position besser kennenzulernen. Dies hat zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beigetragen. Inhaltlich wurden Übereinstimmungen deutlich. Der Siedlungsbau wird von den Teilnehmer/innen als völkerrechtswidrig angesehen und der Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht von Waren aus Siedlungsgebieten wurde nicht widersprochen. Streitpunkt blieb die Methode, ob es aufgrund der deutschen Geschichte angebracht sei bis zur Einführung der Kennzeichnung von Siedlungsprodukten die Verbraucher aufzufordern, auf Produkte mit der Ursprungsangabe „Israel“ zu verzichten. Beide Positionen fanden beim Runden Tisch Gehör.

Die Beschluss- und Arbeitsgrundlage, verabschiedet auf der letzten Delegiertenversammlung, ermöglicht einen differenzierten Umgang mit der Aktion. Die Delegiertenversammlung hat den Stopp der Aktion abgelehnt, und die Nahostkommission ist mit dem Auftrag, die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ weiterzuführen, eingesetzt worden. Somit steht es anderen Akteuren in pax christi frei, ob sie sich daran beteiligen oder nicht.

Der geschäftsführende Vorstand  
Wiltrud Rösch-Metzler, Gerold König, Norbert Richter

20. Jahrhundert doppelt so oft erfolgreich waren wie gewaltsame und oft schneller zum Ziel führten. Auf der Diözesanversammlung wurden zudem Nic Hauperger (Grefern/Dominikanische Republik), Felix Lindenberg (Berlin/Ecuador) und Theresa Meyer (Breisach/Dom. Republik) in einen einjährigen Freiwilligendienst entsendet.

## Bistumsstelle Köln

### Neues Team im Leitungsstab gewählt

Auf der pax christi-Bistumsversammlung am 9. März dieses Jahres wurde ein neues Sprecher/innen-Team gewählt. Das Team wird gebildet von Mechthild Geue und Reinhard Griep. Als geistlicher Beirat wurde Bernhard Pastoors gewählt. Auf der Mitgliederversammlung wurde auch darüber beraten, wie die Bewegung im Erzbistum, angesichts begrenzter zeitlicher Kapazitäten der meisten Mitglieder, die Organisation und Kommunikation aufrecht erhalten kann. Das Sprecher/innen-Team wird künftig durch einen Beirat unterstützt. Alle Basisgruppen im Erzbistum (derzeit Bonn, Düsseldorf, Brühl, Erftstadt und Köln) entsenden ein/e Delegierte in diesen Beirat, der sich 3-4 mal im Jahr trifft. Dort geht es dann um einen Austausch über Aktivitäten, ggfls. Stellungnahmen und neue Vorhaben sowie Veranstaltungen werden geplant.

## Regionalstelle Osnabrück-Hamburg

### Matondo sprach über Waffenhandel in Afrika

„Rüstungsexporte und ihre Folgen“ lautete am 25. April das Thema, zu der die pax christi-Regionalstelle und weitere Unterstützergruppen den angolanischen Journalisten Emanuel Matondo eingeladen hatten. Die Teilnehmer/innen waren beeindruckt von dem akribisch zusammengetragenen Material über den Waffenhandel und dessen Verflechtungen im südlichen Teil Afrikas. Am Beispiel Angolas zeichnete er immer wieder Verflechtungen mit der deutschen Rüstungsindustrie und der deutschen Politik auf. Matondo stellte insbesondere

die Überwachungstechnologie als eine kaum beachtete Sparte des Rüstungshandels dar. Von Deutschland wird u.a. Überwachungstechnologie an Angola geliefert (z.B. von der Firma Rohde & Schwarz), die keinen eindeutigen Militärcharakter hat, aber vom Militäргеheimdienst eingesetzt wird. Nach Ansicht Matondos braucht die einfache Bevölkerung in den afrikanischen Ländern die Waffen nicht. Was sie bräuchten sei eine technologische Hilfe, die ihnen bei ihren alltäglichen Arbeiten weiterhilft. Anstatt Waffen und der Lieferung von Materialien für den militärischen Sektor forderte er von deutscher Seite z.B. eine Unterstützung in der zivilen Nutzung der Sonnenenergie.

### „Der Frieden ist Geschichte – deutsche Waffen töten in aller Welt“

Bei bestem Sommerwetter empfing die Osnabrücker Unterstützergruppe der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am 27. Juli die neun Friedensreiter der Initiative Friedensritt sowie weitere Aktive auf Drahtesel und zu Fuß. In Anlehnung an den historischen Ritt der Friedensreiter des Westfälischen Friedens veranstaltete die Initiative in diesem Jahr einen Ritt von Münster nach Osnabrück unter dem Motto „Der Frieden ist Geschichte – deutsche Waffen töten in aller Welt“. Unter großer Teilnahme von Besuchern sowie von Presse, Funk und Fernsehen zogen sie auf dem Domplatz und untermauerten ihr Anliegen nach einem Stopp von Waffenexporten in einem Straßentheater und Redebeiträgen. „Erst profitieren wir von den Rüstungsexporten und den Lizenzvergaben zum Nachbau von deutschen Waffen und anschließend beweinen wir die Toten.“ Von der Osnabrücker Unterstützergruppe wurden neben dem Verkauf von „Waffeln statt Waffen“, Infotafeln, Unterschriften gegen Rüstungsexport und Diskussionsgelegenheiten die Bürgermeisterin Jabs-Kiesler, der Generalvikar Theo Paul vom Bistum und die Diakoniepastorin Frau Schmidtke vom Ev. Luth. Kirchenkreis zu Statements eingeladen.

„Rüstungsexporte und ihre Folgen“ lautete am 25. April das Thema, zu der die pax christi-Regionalstelle und weitere Unterstützergruppen den angolanischen Journalisten Emanuel Matondo eingeladen hatten.



# „Niemand hat das Recht zu gehorchen“

## Fremde werden zu Freunden

Josefa Britzelmeier-Nann

Einmalig in ganz Deutschland hat die Stadt Augsburg einen Feiertag für den Frieden. Am 8. August wird hier das Hohe Friedensfest gefeiert. Es erinnert an den Friedensschluss von 1650 nach den Schrecken des 30-jährigen Krieges, in dem die Frage nach der religiösen Wahrheit scheinbar unlösbar mit handfesten politischen Interessen vermischt war.

Die evangelischen Christen in Augsburg danken seither mit diesem Fest für den geschenkten Frieden und die Möglichkeit, ihren Glauben frei und gleichberechtigt leben zu dürfen. Seit 1950 ist dieser Tag ein Feiertag für alle Augsburger. Aus dem ursprünglich evangelischen Feiertag hat sich ein Fest entwickelt, das nicht nur den Friedensschluss zwischen katholischen und evangelischen Christen zum Anlass hat, sondern das Miteinander aller hier lebenden Religionen und Kulturen feiert. Und das ist gut so.

Denn ein gutes und respektvolles Miteinander ist nicht selbstverständlich, weder in Augsburg noch sonst wo.

Während wir hier miteinander feiern, sind Menschen auf der Flucht, leiden unter Bombenangriffen und Terrorüberfällen und sehnen sich nach einem Ort, an dem sie in Sicherheit und ohne Angst um ihr Überleben sein können. Bevor in Augsburg das Friedensfest begangen wird, gibt es eine Reihe von Veranstaltungen, die sich mit Friedensthemen auseinandersetzen.

„Niemand hat das Recht zu gehorchen“, dieser Ausspruch von Hannah Arendt ist das diesjährige Rahmenthema. Keiner hat das Recht sich darauf zu berufen, dass er oder sie ja nicht anders konnte. Wir haben nicht das Recht zum Gehorsam, sondern die Pflicht zum kritischen Hinterfragen, nicht nur unserer eigenen Handlungen, sondern auch die der Kirchen und des Staates. So ist es gut, die Protestkultur der jüngsten Zeit in den arabischen Ländern zu thematisieren. Nachdenklich macht es, dass bei uns jetzt die großen Protestzüge um Einflugschneisen und Bahnhöfe gehen und nicht mehr, wie

in den 80er Jahren, um Leben und Tod und die Abwehr von nuklearen Katastrophen.

Den Höhepunkt des Friedensfestes bildet der ökumenische Gottesdienst in St. Anna. Für ein einträchtiges Miteinander wird gesorgt, indem die Festpredigt im jährlichen Wechsel von einem Repräsentanten der evangelischen bzw. der katholischen Kirche gehalten wird. So warb heuer Bischof Wanke um die Einheit der Kirchen, denn „Ökumene steht längst vor der Aufgabe, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen – mit der säkularen Gesellschaft und mit den anderen Religionen.“

Mein persönliches Highlight am Friedensfest ist die anschließende Friedenstafel. Auf dem großen zentralen Platz stellt die Stadt Augsburg Tische und Bänke auf und teilt Wasser, Obst und Friedenssemmeln aus. Menschen strömen herbei, teilen von zu Hause mitgebrachtes Essen und Getränke, tauschen sich aus, treffen alte Freunde und lernen neue kennen. Vertreter, der in Augsburg ansässigen Religionsgemeinschaften übermitteln ihre Friedensgrüße und Musik begleitet das fröhliche und offene miteinander Essen und Trinken.

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber es ist doch jedes Mal für mich etwas ganz besonderes, das Selbstgemachte mit bislang fremden Menschen zu teilen. Fremde werden zu Freunden beim gemeinsamen Essen, speziell, wenn dann gebackene Panzer einfach so geknackt und verspeist werden. Wenn es nur immer so einfach wäre! Die Kinder sind übrigens an diesem Tag mit einem speziellen, großen und bunten Kinderfest im Botanischen Garten dabei.

Mit einer herzlichen Einladung nächstes Jahr am 8. August nach Augsburg zu kommen, grüßt euch Josefa Britzelmeier-Nann.

Josefa Britzelmeier-Nann ist Geistliche Beirätin von pax christi Augsburg.



### **Hiroshima: „Nicht das Böse wiederholen.“ – Ächten wir Atomwaffen weltweit!**

*Auszüge aus der Erklärung des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, zum Hiroshima-Gedenktag 2013*

Nach einer atomaren Verstrahlung sehen sich Menschen vor folgende Entscheidungen gestellt: Sollen wir weglaufen oder nicht? Können wir das essen oder nicht? Brauchen Kinder Gasmasken oder nicht? Können wir unsere Wäsche im Freien trocknen oder nicht? Können wir noch Ackerbau betreiben oder nicht? Sollen wir darüber reden oder nicht? Muto Ruiko hat diese Fragen gestellt. Die Frau aus Fukushima sieht sich als Strahlen-Opfer. Wie bei den Opfern der Atombombenangriffe auf Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) kann niemand wirklich helfen. ...

Im April 2013 haben zum ersten Mal 79 Staaten gemeinsam vor den katastrophalen humanitären Folgen eines Atomkriegs gewarnt: „Über den sofortigen Tod und die Zerstörung, die durch die Detonation angerichtet wird, hinaus wird die sozio-ökonomische Entwicklung behindert, die Umwelt zerstört und zukünftige Generationen werden ihrer Gesundheit, ihrer Nahrungsmittel, ihres Wassers und anderer lebenswichtiger Ressourcen beraubt.“ ...

Es ist nicht akzeptabel, dass Regierungen weiterhin an Atomwaffen festhalten anstatt abzurüsten. ...

50 Jahre nach der Friedensbotschaft „Pacem in Terris“ ist die Forderung von Papst Johannes XXIII., dass Atomwaffen verboten werden, immer noch nicht eingelöst. Das ist ein Skandal.

Foto: Annette Rausch

